

Ideologische Entsorgung der Verteilungsschieflage

Armut wird verharmlost, Reichtum verschleiert

Je mehr Gewicht profitorientierte Investitionen auf den Finanzmärkten erlangen, umso stärker überlagert der Arm-Reich-Gegensatz im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem den Klassenantagonismus von Kapital und Arbeit, ohne dessen Bedeutung allerdings im Geringsten zu schmälern. Ganz im Gegenteil: Die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich erhöht die sozioökonomische Ungleichheit ebenso wie die Krisenhaftigkeit des Gegenwartskapitalismus. Hier soll die Entwicklung der Verteilungsschieflage in Deutschland skizziert und anschließend diskutiert werden, wie sie im neuesten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dargestellt, aber auch relativiert und ideologisch verbrämt wird.

Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland

Wenn die wachsende Ungleichheit in der politischen, Medien- und Fachöffentlichkeit überhaupt thematisiert wird, ist diese zumeist auf die *Einkommensverhältnisse* fixiert, obwohl sie erheblich weniger relevant und aussagekräftig sind als die *Vermögensverhältnisse*. Das war zwar schon immer so, hat sich aufgrund des Finanzialisierungsprozesses aber weiter verstärkt. „Das Gewicht der Eigentümer und der in der Vergangenheit entstandenen Vermögen wächst und Einkommen verliert in Relation zu bereits vorhandenem Kapital an Bedeutung.“¹

Berücksichtigt werden muss jedoch neben der Quantität auch die Qualität des Vermögens. Denn die Struktur des Vermögens entscheidet darüber, welche Handlungs- und Entscheidungsspielräume es seinem Eigentümer bietet. Nur wenn zwischen Geld- und Sachvermögen, vor allem jedoch zwischen Betriebs-, Immobilien- und Finanzvermögen differenziert wird, kann man die Vermögensverteilung innerhalb einer Gesellschaft fundiert beurteilen.

Vor allem über die Verteilung des Produktivvermögens ist hierzulande so gut wie nichts bekannt, obwohl diese Vermögensart die Sozialstruktur der Gesellschaft entscheidend prägt. Die kapitalistischen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse erschlossen sich nur, wenn mehr über die entsprechenden Vermögensbestände bekannt wäre. Um eine hinreichend gute Datenbasis zu erhalten, müssten das Bank- und das Steuergeheimnis aufgehoben werden sowie alle Informationen zu Privatstiftungen im In- und Ausland sowie zu in „Steuer-oasen“ wie den Bahamas, den Bermudas oder den Kaiman Inseln transferierten Vermögen vorhanden sein.²

¹ Martin Schürz, *Überreichtum*, Frankfurt am Main/New York 2019, S. 10.

² Vgl. ebd., S. 22.

Selbst die CDU/CSU/FDP-Koalition unter Angela Merkel als Bundeskanzlerin kam nicht umhin, die steigende Ungleichverteilung des Vermögens im 4. Armuts- und Reichtumsbericht (2013) zu dokumentieren: Verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung danach im Jahr 1998 über 45 Prozent des privaten Nettovermögens, waren es im Jahr 2003 bereits 49 Prozent und im Jahr 2008 sogar fast 53 Prozent. Dagegen musste sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung in den Jahren 1998 und 2003 mit 3 Prozent und im Jahr 2008 mit bloß noch 1 Prozent begnügen.³ Wie im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017) erneut dokumentiert, zeigt sich die Verteilungsschieflage vornehmlich beim Vermögen. Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung laut dem Regierungsbericht 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besaßen, kam die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf 1 Prozent.⁴

Auch vor den Vermögenden selbst macht die ausgeprägte sozioökonomische Polarisierungsdynamik nicht halt. Vielmehr spaltet sich diese Gruppe in Reiche, sehr viel Reichere und Hyperreiche. Vor allem das Produktivvermögen konzentriert sich zunehmend bei den Letzteren, die meistens auch große Erbschaften machen. Stellt man die statistische Unsicherheit bei der Erfassung von Hochvermögenden und ihres Vermögensreichtums in Rechnung, dürfte die reale Ungleichheit noch größer sein, als es die verfügbaren Daten erkennen lassen.

Aufgrund des Immobilienbooms im Gefolge der Finanzkrise 2007/08 hat sich die sozioökonomische Ungleichheit verschärft. Da sich das Immobilieneigentum bei den Hochvermögenden konzentriert, haben die steigenden Preise für Häuser und Wohnungen zur Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich beigetragen. Wie die Ökonomen Till Baldenius, Sebastian Kohl und Moritz Schularick belegten, hat das reichste Zehntel der Deutschen am stärksten vom jüngsten Immobilienboom profitiert und ist zwischen 2011 und 2018 allein durch die Preisexplosion auf diesem Markt inflationsbereinigt um knapp 1,5 Billionen Euro reicher geworden.⁵ Während die Mittelschicht, bei der Immobilienbesitz traditionell einen größeren Teil des Gesamtvermögens ausmacht, aufgrund der massiven Wertsteigerungen ebenfalls nicht unwesentliche Vermögenszuwächse verzeichnete, ging die untere Hälfte der deutschen Vermögensverteilung mangels Wohnungseigentums praktisch leer aus.

Während einige Unternehmerfamilien den Industriesektor und hyperreiche Finanzfürsten den Bankensektor und das Kreditwesen, damit jedoch auch andere Teile der Volkswirtschaft beherrschten, besaßen 40 Prozent der Bevölkerung kein nennenswertes Vermögen, auf das sie im Alter oder im Krankheitsfall zurückgreifen konnten.⁶ Demnach lebten über 32 Millionen Menschen gewisser-

³ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), *Lebenslagen in Deutschland*. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bericht, Bonn, März 2013, S. 465.

⁴ Vgl. dass. (Hg.), *Lebenslagen in Deutschland*. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bericht, Bonn, April 2017, S. 130 und 507 f.

⁵ Vgl. Till Baldenius/Sebastian Kohl/Moritz Schularick, *Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms*, Macrofinance Lab, Universität Bonn, Juni 2019, S. 19.

⁶ Vgl. Marcel Fratzscher, *Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird*, Mün-

maßen von der Hand in den Mund, waren sie doch nur eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von der Armut entfernt, weshalb die Covid-19-Pandemie viele Menschen in der unteren Mittelschicht hart traf. Da mit der ökonomischen und sozialen Ungleichheit auch die politische Ungleichheit zunimmt, leistet die gesellschaftliche Polarisierung einer Radikalisierung kleinbürgerlicher Bevölkerungsgruppen nach rechts Vorschub.⁷

Nach den Maßstäben der Europäischen Union galten im Jahr 2019 hierzulande 13,2 Millionen Menschen als von Armut betroffen oder bedroht. Sie hatten weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung, was für Alleinstehende 1.074 Euro im Monat entsprach. Unberücksichtigt bleiben hierbei sowohl die Quellen (Kapital, Lohnarbeit und Grundeigentum) wie die Qualität der jeweiligen Einkommen, was den Bochumer Sozialwissenschaftlern Renate Dillmann und Arian Schiffer-Nasserie als wesentlicher Mangel der Einkommensstatistik erscheint: „Der ökonomische Zusammenhang zwischen der Einkommensart und der Einkommenshöhe ist kategorisch ausgeschlossen und der *Gegensatz* der Einkommensquellen zum quantitativen *Unterschied* vermeintlich qualitativ gleicher ‚Einkommensbezieher‘ verharmlost.“⁸

Mit 15,9 Prozent hat die Armuts(gefährdungs)quote einen Rekordstand im vereinten Deutschland erreicht. Die höchsten Armutsrisiken weisen Erwerbslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent) und Nichtdeutsche (35,2 Prozent) auf. Einerseits sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, andererseits Senior(inn)en stark betroffen. Während die Kinderarmut bzw. Kinderungleichheit seit der Hartz-IV-Einführung am 1. Januar 2005 konstant hoch ist,⁹ nimmt die Altersarmut kontinuierlich zu.

Seit der Vereinigung von BRD und DDR drifteten Lohn- und Kapitaleinkünfte immer stärker auseinander. Die hohen Zuwachsraten der Gewinneinkommen gingen zulasten der Lohneinkommen, deren Anteil am Volkseinkommen rückläufig war.¹⁰ Nach dem 3. Oktober 1990 erreichten nur ganz wenige Ostdeutsche das oberste Einkommensperzentil, dessen Anteil am Volkseinkommen dadurch zunächst erheblich sank, während die untere Hälfte einen Zuwachs verzeichnete.¹¹ Somit bewirkte die sukzessive Annäherung des ostdeutschen Einkommens- und Ungleichheitsniveaus an das westdeutsche eine vorübergehende

chen 2016, S. 43.

⁷ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2020.

⁸ Renate Dillmann/Arian Schiffer-Nasserie, Der soziale Staat. Über nützliche Armut und ihre Verwaltung, Hamburg 2018, S. 29 (Hervorh. im Original).

⁹ Vgl. hierzu: Carolin Butterwegge/Christoph Butterwegge, Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt, Frankfurt am Main/New York 2021.

¹⁰ Vgl. Hans Mittelbach, Lohn- und Kapitaleinkommen in Deutschland 1990 bis 2010. Zur Kritik neoklassischer und neoliberaler Modelle, Köln 2013, S. 380 ff.

¹¹ Vgl. Charlotte Bartels, Einkommensverteilung in Deutschland von 1871 bis 2013: erneut steigende Polarisierung seit der Wiedervereinigung, in: DIW Wochenbericht 3/2018, S. 56.

Reduktion der Ungleichheit zwischen beiden Landesteilen, die „Inter-Gruppen-Ungleichheit“ schwächte sich ab und das gesamtdeutsche Ungleichheitsniveau sank, bis ab Mitte der 1990er-Jahre die Angleichung nachließ, sodass die Ungleichheit in Gesamtdeutschland wieder stieg.¹²

Seither hat eine „gigantische Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkünfte“ stattgefunden, wie der Ökonom Heinz-J. Bontrup errechnete: „Hätte nämlich die Lohnquote in allen Jahren bei ihrem Höchstwert von 1993 [72,4 Prozent; *Ch. B.*] gelegen, so hätten die abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2017 insgesamt 1.744,3 Mrd. EUR mehr an Einkommen verbuchen können. So haben realiter die Bezieher der Kapitaleinkünfte die gut 1,7 Bio. EUR erhalten.“¹³ Denn die Lohnquote erreichte im Jahr 2007 mit 63,6 Prozent einen Tiefstand und erholte sich bis zum Jahr 2017 nur auf 68,5 Prozent. Obwohl die Anzahl der abhängig Beschäftigten im Jahr 2019 auf einen Rekordwert stieg, war die Lohnquote nicht höher als zur Jahrtausendwende.

Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht

Wegen der Covid-19-Pandemie, die Deutschland im Februar/März 2020 erreichte, wurde die Fertigstellung des 6. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung um ein Jahr verschoben. An mehreren Stellen des Dokuments, das der Bundestag am 25. Juni 2021 diskutierte, finden sich Bemerkungen zu den Verteilungswirkungen der Pandemie, des durch sie hervorgerufenen Krisendebakels und der „Sozialschutz“-Maßnahmen von CDU, CSU und SPD. Welche langfristigen Folgen die Pandemie auf die Einkommensverteilung zeitigen wird, sei aber nicht vorhersagbar: „Die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Stützung der Einkommen dürften aber negative Effekte gemindert haben.“¹⁴ Simulationsrechnungen hätten eine ungleichheitsmindernde Wirkung der Maßnahmen ergeben, insbesondere hinsichtlich des Kinderbonus, d.h. der Auszahlung von 300 Euro pro Kind im September/Oktober 2020 und von noch einmal 150 Euro im Mai 2021.

Das sozialpolitische Zwischenzeugnis, welches sich die Bundesregierung selbst ausstellt, fällt positiv aus, obwohl das Ergebnis weniger überzeugt: „Sozialschutzpakete und weitere Unterstützungsmaßnahmen haben verhindert, dass es zu sozialen Verwerfungen gekommen ist. Arbeitslosigkeit konnte mittels Kurzarbeit weitgehend verhindert werden. Die sozialen Sicherungssysteme haben ihre stabilisierenden Aufgaben erfüllt und konnten durch die enge Abstimmung mit den Sozialpartnern schnell und zielgerichtet angepasst werden.“¹⁵ Zwar hat

¹² Siehe Dorothee Spannagel, *Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen*, Wiesbaden 2013, S. 174.

¹³ Vgl. Heinz-J. Bontrup, *Wohnst du noch ...? – Immobilienwirtschaft und Mieten kritisch betrachtet*, Hamburg 2018, S. 127 und 129.

¹⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bericht*, Bonn, Mai 2021, S. I f.

¹⁵ Ebd., S. II.

sich der Wohlfahrtsstaat als „systemrelevant“ erwiesen, seine Defizite, Schwachstellen und Strukturängel sind in der pandemischen Ausnahmesituation aber gleichfalls offen zutage getreten. Dem sozioökonomischen Polarisierungseffekt, den die hauptsächlich der Wirtschaft zugutekommenden Finanzhilfen des Bundes nur geringfügig abgemildert und teilweise sogar verstärkt haben,¹⁶ wird im Regierungsbericht aus naheliegenden Gründen keine Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei gab es genügend Belege dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich während der Pandemie nicht bloß „wie unter einem Brennglas“ klarer erkennbar geworden ist, sondern sich auch weiter vertieft hat.

Dieter Schwarz, als Eigentümer von Lidl und Kaufland der reichste Deutsche, hatte sein Privatvermögen, das die *Welt am Sonntag* (v. 20.9.2020) auf 41,8 Mrd. Euro taxierte, allein in den vergangenen zwei Jahren laut dem US-amerikanischen Wirtschaftsmagazin *Forbes* um 14,2 Mrd. Dollar gesteigert. Für die Aldi-Erben Beate Heister und Karl Albrecht junior ergab sich immerhin ein Zugewinn von 6,4 Mrd. Dollar, wie Johannes Pennekamp unter dem Titel „Die Reichsten werden noch reicher“ in der FAZ (v. 25.1.2021) berichtete.

Obwohl dem Reichtum im Rahmen des Berichts mehr Aufmerksamkeit als früher zuteilwird, kommen diese Multimilliardäre ebenso wenig darin vor wie Konzerne, ihre Eigentümer, BlackRock oder andere Finanzkonglomerate. Fragwürdig ist auch, dass der *Einkommens*reichtum bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.894 Euro (Reichtumsschwelle des zweifachen Medianeinkommens auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels 2017) und *Vermögens*reichtum bei einem Nettovermögen von 500.000 Euro (in Preisen von 2017) beginnen soll.

Zwar geht aus dem 6. Armuts- und Reichtumsbericht hervor, dass die Einkommen und vor allem die Vermögen in Deutschland ungleich verteilt sind. Behauptet wird indes, die Ungleichheit (der Einkommen), die sich bis etwa zum Jahr 2005 verschärft habe, sei fortan „relativ stabil“ geblieben.¹⁷ Eine hohe Vermögenskonzentration räumt das Regierungsdokument durchaus ein, es verschleiert jedoch ihr wachsendes Ausmaß. So heißt es, die Vermögensungleichheit sei zwar ab 2008 leicht gesunken, habe sich 2018 aber „weiterhin auf einem hohen Niveau“ befunden.¹⁸

Den vermeintlichen Rückgang der Ungleichheit führt die Bundesregierung insbesondere auf steigende Einkommen und eine wachsende Bedeutung der Immobilienvermögen zurück. Anstiege der nominalen Einkommen hätten fast über die gesamte Breite der Verteilung zu höheren Vermögen geführt, wovon die Mitte der Verteilung am meisten profitiert habe. Zu diesem Ergebnis gelangt man, weil der Anteil des Immobilienvermögens mit 70 Prozent extrem hoch

¹⁶ Vgl. hierzu: Christoph Butterwege, *Ungleichheit in der Klassengesellschaft*, 2. Aufl. Köln 2021, S. 148 ff.

¹⁷ Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bericht, a.a.O., S. 49.

¹⁸ Siehe ebd., S. XVII.

veranschlagt wird. Hierbei hat man das Betriebsvermögen allerdings entweder unberücksichtigt gelassen oder seinen Wert völlig unterschätzt.

Generell kommt die Art des Vermögens auch im 6. Armuts- und Reichtumsbericht zu kurz. Dabei ist es natürlich ein riesiger Unterschied, ob jemand ein paar Millionen Euro in Scheinen auf seinem Dachboden versteckt hält, weil er den Banken misstraut, ob er diesen Geldbetrag in ein Unternehmen gesteckt oder ob er davon mehrere Mietshäuser gekauft hat. Im ersten Fall ist er zwar reich, aber nicht mächtig, im zweiten und dritten Fall übt er hingegen Macht über andere Menschen aus, die für ihn arbeiten oder die von ihm als Mieter abhängig sind.

Was die Vermögensverteilung betrifft, nennt der Regierungsbericht einen Gini-Koeffizienten von etwa 0,71 in Bezug auf die Nettovermögen *der Haushalte* bzw. von etwa 0,78 bei den *individuellen* Nettovermögen im letzten verfügbaren Jahr. (Zur Verdeutlichung: Das von dem italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelte Ungleichheitsmaß beträgt 0, wenn alle Personen gleich viel oder gleich wenig haben, und 1, wenn einer Person alles gehört.) Weiter heißt es, dass die Haushalte in der oberen Hälfte der Verteilung etwa 97,5 Prozent, die Personen in der oberen Hälfte der Verteilung sogar etwa 99,5 Prozent des Gesamtvermögens besäßen: „Die 10 Prozent der Bevölkerung mit den geringsten Vermögen hatten ein negatives Vermögen, also mehr Schulden als Vermögensbestände, weitere Teile der Bevölkerung hatten kein Vermögen, aber auch keine Schulden. Erst im dritten bzw. vierten Dezil fingen positive Vermögensbestände an. Ausgehend von den Werten in den frühen 2000er Jahren hat zunächst ein Anstieg der Vermögensungleichheit stattgefunden, der sich in der Dekade nach 2010 nicht fortgesetzt hat.“¹⁹ Zwei Datenquellen, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergäben zuletzt sogar einen leicht rückläufigen Gini-Koeffizienten.

Diese Feststellung überrascht umso mehr, als die DIW-Verteilungsforscher Carsten Schröder, Charlotte Bartels, Konstantin Göbler, Markus M. Grabka und Johannes König ausgerechnet im Rahmen eines Forschungsprojekts für den 6. Armuts- und Reichtumsbericht frühere Untersuchungsergebnisse des DIW unter Heranziehung einer Spezialstichprobe des SOEP korrigiert, aktualisiert und erschreckende Resultate präsentiert hatten. Demnach entfallen nämlich 67,3 Prozent des Nettogesamtvermögens auf das oberste Zehntel der Verteilung, 35,3 Prozent des Nettogesamtvermögens konzentrieren sich beim reichsten Prozent der Bevölkerung und das reichste Promille kommt auf 20,4 Prozent des Nettogesamtvermögens.²⁰ Selbst unter den Vermögenden ballt sich der Reichtum also bei wenigen Personen an der Spitze zusammen. Aufgrund der neuen Untersuchungsmethode stieg der im Regierungsbericht erwähnte, auf Basis regulärer SOEP-Daten berech-

¹⁹ Ebd., S. 49.

²⁰ Vgl. Carsten Schröder u.a., MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, in: DIW Wochenbericht 29/2020, S. 517.

nete Gini-Koeffizient von 0,78 auf 0,83, was fast dem US-amerikanischen Vergleichswert entspricht, der üblicherweise mit 0,85 bis 0,87 angegeben wird.

Auf der Basis eines Forschungsprojekts der Universität Bremen enthält der Armuts- und Reichtumsbericht eine Typologie der sozialen Lagen, die Einkommen, Vermögen, Erwerbsintegration und Wohnraumversorgung als Dimensionen umfassen. In eine Rangordnung gebracht ergaben sich acht Soziallagen, von „Armut“ und „Prekarität“ am unteren Ende über „Armut – Mitte“, „Untere Mitte“, „Mitte“, „Wohlhabenheit – Mitte“ bis zu „Wohlstand“ und „Wohlhabenheit“ an der Spitze. Mit den beiden zuletzt genannten Kategorien traf man allerdings nicht bloß eine gekünstelt wirkende und sprachlich wenig überzeugende Unterscheidung, sondern ließ auch den Begriff „Reichtum“ – zusammen mit der Armut eigentlich Kern der Berichterstattung – gänzlich verschwinden.

Begründet wurde die Wahl der Bezeichnung „Wohlhabenheit“ damit, dass Reichtum zwar das Pendant zu Armut darstelle, die genannte Soziallage allerdings die Bereiche des wirklichen Reichtums, der durch sehr hohe Vermögen geprägt sei, kaum umfasse. Trotzdem bilden die Prozentanteile der Bevölkerung, die man den acht Soziallagen zurechnete, in der Summe genau 100 Prozent. Für den Reichtum bleiben nicht einmal 0,1 Prozent der Bevölkerung übrig, denen laut DIW über ein Fünftel des Nettogesamtvermögens gehören. Diese mächtige Gruppe der Hyperreichen war aufgrund der zweifelhaften Kategorienbildung im 6. Armuts- und Reichtumsbericht für die Bundesregierung offenbar gar nicht mehr existent.

Weil die soziale Aufwärtsmobilität zuletzt nachgelassen hatte, wie das Regierungsdokument bestätigte, drang die Armut immer stärker zur Mitte der Gesellschaft vor und verfestigte sich, was aber nicht weiter skandalisiert wird, wenn es heißt: „In den oberen sozialen Lagen herrscht große Stabilität, Personen aus den mittleren Lagen gelingt es vielfach weiterhin, aufzusteigen, für Personen aus den unteren sozialen Lagen sind die Aufstiegschancen seit den 1980er Jahren kontinuierlich gesunken. Im Fall der Zugehörigkeit zu der im Forschungsvorhaben als ‚Armut‘ bezeichneten Lage ist die Wahrscheinlichkeit, ihr auch in der nächsten Fünfjahresperiode noch anzugehören, seit Ende der 1980er Jahre von 40 Prozent auf 70 Prozent angestiegen.“²¹

Hier liegt wohl das größte Manko des 6. Armuts- und Reichtumsberichts wie aller seiner Vorgänger: Er bleibt rein deskriptiv und lässt analytische Tiefenschärfe vermissen. Nach den sozioökonomischen und politischen *Entstehungsursachen* der ausführlich beschriebenen Verteilungsschieflage wurde erneut nicht gefragt. Die gesellschaftlichen Determinanten sozialer Auf- und Abstiege bleiben im Dunkeln, weil die bestehenden Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht hinterfragt wurden.

Armuts- und Reichtumsberichte könnten eine gute Basis für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Bundesregierung sein, wenn sie die „Lebenslagen in Deutschland“ kritisch analysieren, die gesellschaftlichen Ursachen für wachsende

²¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bericht, a.a.O., S. XX.

Ungleichheit ergründen und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten würden. Stattdessen wird die gesellschaftliche Realität verdrängt, die Armut eher verharmlost und die Konzentration des Reichtums weitgehend verschleiert. Obwohl der 6. Armuts- und Reichtumsbericht nicht ganz so blauäugig ausfällt wie frühere Dokumente seiner Art und der Reichtum weniger stiefmütterlich als in den Vorgängerberichten behandelt wird, wuchs das Problem der sozioökonomischen Ungleichheit, ohne dass die Bundesregierung hieraus Konsequenzen gezogen hätte. Resümierend kann man ihr ins Stammbuch schreiben: Es fehlt schon längst nicht mehr an statistischen Daten, aber immer noch an politischen Taten.